

Liebe Genossinnen und Genossen



vor wenigen Tagen hat Euch unser Weihnachtsbrief erreicht. Den wollen wir hier nicht einfach wiederholen, sondern lieber einen Blick auf das Kommunale, auf unseren Landkreis werfen. Vier Punkte haben wir uns herausgegriffen. Drei davon beschäftigen uns auch im Kreistag.

Da ist zunächst natürlich die Flüchtlingsunterbringung zu nennen, die uns vielerorts vor große Probleme stellt. Es rächt sich hier, dass die Landesregierung die Kreise dazu gezwungen hat, viele der nach 2015 geschaffenen Aufnahmekapazitäten wieder zurückzubauen. Es ist nur der unfassbar großen Hilfsbereitschaft der Bevölkerung zu verdanken, dass wir bis jetzt einigermaßen über die Runden gekommen sind.

Auch beim öffentlichen Nahverkehr ist nach dem großen Erfolg des 9-Euro-Tickets vieles in Bewegung geraten. Das Land führt das Jugendticket ein und lädt einen großen Teil der Kosten gerade auf denen ab, die schon lange günstige Tickets anbieten. Unser Verkehrsverbund wird also für seine vorbildliche Arbeit von Grün-schwarz bestraft.

... weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Ortsvereine sammeln für die Tafel	2
Quo vadis Landarzt	4
Geld vom Bund fließt in unsere Regionen	7
Für ein paar Euro im Monat den Kanzler duzen	8
Agri-Photovoltaik: Chance für unsere Region	10
Nicht zufrieden mit der sozial- politischen Richtung des Haushalts	12
Ein Jahr Ampel. Was ist dein Highlight?	15
Gedanken zur Reichsbürger- verschwörung	16
Schund im Advent	16
Medien-Ecke: WhatsApp News	18
Termine	20
Impressum	21

Mit dem Deutschlandticket der Bundesregierung soll uns das nicht nochmal passieren. Beide Tickets sind natürlich zu begrüßen. Es besteht aber die Gefahr, dass nun Mittel für den Ausbau des Angebotes fehlen. Da müssen und werden wir sehr genau aufpassen.

Bei der Arbeit im Kreistag und vor allem in den Ausschüssen fällt immer wieder auf, wie wenig gerade die eine Alternative sind, die sich so nennen. Oft tauchen sie gar nicht auf und wenn sie dann mal da sind, dann hört man günstigenfalls nur Blabla oder sie rücken in ihrer homophoben Art wichtige soziale Einrichtungen, die z.B. Jugendliche bei ihrem Coming-Out beraten und zur Seite stehen, in die Nähe von Pädophilie. So mancher Kommentar, der in überbetont besorgter Art und Weise da vorgebracht wird, ist an Geschmacklosigkeit nicht zu überbieten.

Ein Paukenschlag war vor kurzer Zeit natürlich der Rücktritt von Meike Folkerts als Bürgermeisterin in Titisee-Neustadt. Es liegt uns fern, diesen Fall im Detail zu beurteilen, aber es muss uns schon zu Denken geben, wenn das Amt der Bürgermeisterin eines Mittelzentrums offensichtlich nicht mehr mit einem normalen Familienleben überein gebracht werden kann. Das geht bestimmt nicht nur Frau Folkerts so.

Das Jahr war also auch auf der kommunalen Ebene herausfordernd. Das neue wird es auch werden.

Wir freuen uns aber dennoch darauf, im neuen Jahr die nächsten Kommunalwahlen vorbereiten zu dürfen. Lasst uns alle gemeinsam auf die Suche nach Kandidatinnen und Kandidaten gehen, die dann nach den Wahlen in 2024 in den Gemeinderäten und im Kreistag für unser Gemeinwesen arbeiten.

Bis dahin wünschen wir Euch und Euren Familien eine schöne Weihnachtszeit und eine guten Rutsch ins neue Jahr.

Eure

Bül Stencke.



Ortsvereine sammeln für die Tafel

In unserem Kreis engagieren sich viele Ortsvereine für die TAFEL. Mehrmals im Jahr werden Sammlungen organisiert, bei denen am Ende eine Spende an die TAFEL überreicht werden kann. Jetzt in der Vorweihnachtszeit haben sich die Ortsvereine SPD Markgräflerland und SPD Hochschwarzwald an ihre Mitglieder gewendet und sind auf große Solidarität gestoßen.

So konnten wir im SPD Ortsverband Markgräflerland bei unseren Mitgliedern die stolze Summe von 1.500 Euro einsammeln und hiervon für die Markgräfler TAFEL eine große Menge dringend benötigter und

lange haltbaren Lebensmittel kaufen. Am Freitag, den 16. Dezember war es so weit. Hartmut fuhr zusammen mit seinem Stellvertreter Markus Messmer mit zwei vollgepackten Autos zur TAFEL. Markus hatte über seine ehemalige Firma auch reichlich Bonbons, u.a. gegen Husten, beschafft, die ebenfalls mit an Bord waren. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter der TAFEL in Müllheim waren sehr beeindruckt und dankbar.



Auch im SPD Ortsverband Hochschwarzwald wurden die Mitglieder zu einer Spende für die Hochschwarzwälder TAFEL in Titisee-Neustadt aufgerufen. Hauptaugenmerk bei der Sammlung legte der OV auf dringend benötigte Hygiene- und Pflegeprodukte. Am Dienstag, den 13. Dezember konnten sich Tanja und Götz Ertle, Fraktionsvorsitzender der SPD im Gemeinderat Tit.-Neustadt, mit 5 Kisten voller Lebensmittel, 2 Kisten gefüllt mit Hygiene- und Pflegeprodukten und einer Barspende von 120,- Euro für den Zukauf

von Lebensmitteln auf den Weg machen. Auch bei der TAFEL in Titisee-Neustadt war die Freude groß.



An dieser Stelle möchten wir als Vorsitzende unserer beiden OV's uns herzlich bei unseren Mitgliedern bedanken, die zu diesem Erfolg und dem Wohle der Menschen, die die Tafel aufsuchen müssen, beigetragen haben.

Damit wurde einmal mehr gezeigt, dass auch im Markgräflerland und im Hochschwarzwald Solidarität und soziales Engagement in der SPD nicht nur erwünscht, sondern auch gelebt wird.

Hartmut Hitschler

Vorsitzender SPD Markgräflerland

Tanja Kühnel

Vorsitzende SPD Hochschwarzwald



Quo vadis Landarzt

Eine Podiumsdiskussion zum Ärztemangel im Hochschwarzwald

Am 05. Dezember lud die SPD Hochschwarzwald zur Podiumsdiskussion nach Friedenweiler ein. Der Ärztemangel, wie auch Fachärztemangel im Hochschwarzwald ist groß. Praxen schließen, weil keine Nachfolger gefunden werden können. Neue Praxen sind nicht in Sichtweite. Der Diskussion auf dem Podium stellten sich SPD-Landtagsabgeordneter Florian Wahl, Susanne Bublitz (Hausärzterverband BW), Stefan Leutzbach und Ilka Latuske (Kassenärztliche Vereinigung BW). Die Moderation übernahmen auf dem Podium Dieter Köpfler (SPD-Gemeinderat Löffingen) und im Publikum Götz Ertle (SPD-Gemeinderat Titisee-Neustadt).



Im Publikum befanden sich die Bürgermeister Josef Matt (Friedenweiler), Marlon Jost (Bonndorf) und Tobias Link (Löffingen), SPD-Kreisrat Norbert Brugger, viele Gemeinderäte und praktizierende Ärzte aus der Region, Apotheker Dr. Michael Kunkel, Achim Gauger (Geschäftsführer Sozialstation), Dr. Steffen Schneider und Dr.

Matthias Kleiner (eröffnet im Januar in Titisee-Neustadt eine Praxis für Orthopädie und Chirurgie) und André Saliger (DIOMEDES Beratung und Projektmanagement für den medizinischen Bereich), sowie viele Bürgerinnen und Bürger unserer Region – insgesamt gut 60 Interessierte Teilnehmer.

Der Diskussionsbedarf war groß – die Lösungsansätze leider nicht.



Zu Beginn der Diskussion wurden einige Zahlen und Fakten genannt:

In unseren 9 Gemeinden im Hochschwarzwald leben insgesamt 34.648 Menschen. Das sind 34.648 Menschen, die 1 HNO-Arzt, 1 Hautarzt, 1 Urologen, 4 Gynäkologen ... in Anspruch nehmen können. Der nächste Kinderarzt in unserem Landkreis befindet sich in Kirchzarten, der allerdings absolutes Aufnahmestopp verhängt hat und nur Notfälle behandelt. Etwa 2.700 Kinder müssen mit ihren Eltern lange Wege z.B. nach Freiburg in Kauf nehmen, da es im Hochschwarzwald seit über einem Jahr keinen Kinderarzt mehr gibt. Kurios hierbei ist, dass keine neue Kinderarztpraxis im

Hochschwarzwald eröffnen darf, da der Landkreis hier als überversorgt gilt.

Viele Faktoren wurden genannt, warum die Situation des Ärztemangels im Hochschwarzwald ist, wie sie ist. Der Arzt, der 60-80 Stunden in der Woche für seine 2.000 Patienten da ist und noch Hausbesuche macht, den wird es künftig nicht mehr geben. Der Trend geht zur Festanstellung und einer 40h-Woche, bzw. sogar zu Teilzeittätigkeiten. Allein hierdurch entstehen bereits Versorgungslücken und man benötigt 3 Ärzte, wo vorher nur 1 Arzt war. Florian Wahl merkte hierzu an, dass mehr Studienplätze diese Lücke langfristig schließen könnten. Und auch, wenn wir heute (endlich) die Studienplätze verdreifachen würden, hätten wir frühestens erst in 10 Jahren einen möglichen spürbaren Effekt. Und nicht zuletzt muss die Attraktivität des Arztberufes deutlich familienfreundlicher gestaltet werden, da es zwischenzeitlich deutlich mehr Ärztinnen wie Ärzte gibt – Tendenz weiter steigend.



Die Frage, wie man den Standort attraktiver für sich neu niederlassende Ärzte machen könnte, blieb unbeantwortet. Schon jetzt rollen die Gemeinden einen roten Teppich aus, locken mit neu gebauten Ärztehäusern

(wie z.B. in Friedenweiler, welches über 3 Jahre leer stand und nun eine Steuerkanzlei beherbergt), mit Kinderbetreuung, mit sehr guten Konditionen für wohnen oder bauen und vielem mehr – leider erfolglos.

Es gibt Förderprogramme der KVBW, um Ärzte bei der Neugründung zu unterstützen. Die sind jedoch bei weitem nicht ausreichend und steuerfrei sind sie auch nicht. Schnell steht eine Förderung in Höhe von möglichen 85.000,- Euro einer Investition von gut einer halben Million Euro gegenüber. Und sollte ein Arzt tatsächlich von der Stadt aufs Land gehen, bedeutet es noch nicht, dass auch die Mitarbeiter mitziehen und bereit sind, mehr Zeit und Kosten für den Arbeitsweg aufzubringen, zumal die Bezahlung des Personals sowieso vielerorts ein Thema ist.



Wir werden zusammenarbeiten müssen – gemeindeübergreifend und Praxenverbunden. Es werden Zentren entstehen müssen, die den Bedarf an medizinischer Versorgung mehrere Gemeinden abdecken und auch Telemedizin wird eine größere Rolle spielen, für die wir die Bevölkerung jedoch erst sensibilisieren und schulen müssen. Hierfür ist jedoch eine ordentliche

Digitalisierung zwingend erforderlich. Und genau die haben wir verdimmbetelt, so Florian Wahl. Noch heute müssen Ärzte per Fax, bestenfalls telefonisch kommunizieren, um sich über Patienten auszutauschen. Auch werden viele Tätigkeiten nicht mehr zwingend vom Arzt, sondern vom medizinischen Fachpersonal durchgeführt werden müssen. Wir müssen Kompetenzen neu definieren.



Auch infrage gestellt wurde die Bewertung der Verteilung der Ärzte für unseren Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald. Während im Freiburger Raum die Versorgung der Hausärzte bei 131 Prozent liegt, fallen auf den Hochschwarzwald nur 94 Prozent und im Durchschnitt sind wir dann bei besagter Überversorgung. Wie sehr diese „nur“ 94 Prozent bei uns jetzt schon spürbar sind, zeigen die überfüllten Wartezimmer der Praxen und die langen Wartezeiten auf einen Termin beim Facharzt - 9 Monate sind keine Seltenheit. Für die Kassenärztliche Vereinigung besteht jedoch erst ein Handlungsbedarf bei einer Versorgung von unter 80, bzw. 75 Prozent. Man möchte sich gar nicht ausmalen, was für Zustände das

dann tatsächlich für Patienten und Ärzte sein müssen, wenn man bereits jetzt mit 94-prozentiger Versorgung schon an Grenzen stößt.

Und weiter stellt sich uns die Frage, wie niedrig unsere Versorgung im Hochschwarzwald erst sein muss, damit wir im Gesamtdurchschnitt des Landkreises dann in den Bereich von 75-80 Prozent Versorgung kommen und die KVBW dann tatsächlich ins „Handeln“ kommt. Darauf können, dürfen und wollen wir nicht warten.



Im Anschluss an unsere Podiumsdiskussion liefen die Gespräche noch lange weiter. Schnell kristallisierte sich der Wunsch nach kommunalübergreifender Zusammenarbeit heraus. Dies wird die SPD-Hochschwarzwald angehen und die Gemeinden im Hochschwarzwald, die medizinischen und pflegerischen Versorger und auch die verschiedenen Interessenvertretungen an einen Tisch holen. Den Grundstein haben wir an diesem Abend mit unserer Veranstaltung bereits gelegt. Jetzt gilt es, daraus etwas zu machen.

Wir haben Handlungsbedarf.

Tanja Kühnel

Geld vom Bund fließt in unsere Regionen

Insgesamt gute 8,8 Millionen Euro fließen im Rahmen des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ in unsere Regionen. So kann z.B. das **Kaiserstühler Bad in Ihringen** davon profitieren, welches rund 3 Millionen zur Sanierung erhält. Das sind rund 75% der insgesamt benötigten Mittel.



Ebenfalls erfreut ist unser Abgeordneter Takis Mehmet Ali über die Förderung der Sanierung der **Sporthalle mit Leerschwimmbecken in Badenweiler**, welche mit 1,1 Millionen Fördermittel bedacht wurde.

„Ein starkes Zeichen dafür, dass wir die Sport- und Freizeitinfrastruktur im ländlichen Raum nicht vernachlässigen“ so Takis.



Auch St. Blasien wurden tolle Neuigkeiten von unserer Abgeordneten Rita Schwarzelühr-Sutter überbracht. Hier darf man sich über eine Förderung über 4,7 Millionen Euro freuen, um endlich mit dem **Neubau der Sport- und Mehrzweckhalle für St. Blasien** beginnen zu können. „Das ist eine richtige Entscheidung, denn gerade jetzt müssen wir in Infrastruktur investieren, die der Gemeinschaft und dem Miteinander dient!“ so Rita.



Investitionen in Sport, Jugend und Kultur sind Investitionen in die Zukunft und deshalb freuen auch wir vom Kreisverband uns über diese wichtigen Fördermittel.

Tanja Kühnel

Für ein paar Euro im Monat den Kanzler duzen

Ende November war Kreisvorsitzendenkonferenz in Berlin, über die wir Euch berichten wollen.

Es war die Reise wert, auch wenn fünf Stunden Konferenz im Vergleich zu rund 13 Stunden Fahrt schon ein sehr ungünstiges Verhältnis ist.



Die Konferenz hatte drei Teile. Im ersten berichtete Olaf vom ersten Jahr in der Ampelkoalition und hob vor allem die sozialdemokratische Handschrift hervor.

Der Mindestlohn und das Bürgergeld standen auf den Wahlplakaten und beides ist jetzt eingeführt. Der Mindestlohn

entspricht für rund sechs Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einer Lohnerhöhung von knapp einem Viertel. Die Entlastungspakete sind so gestaltet, dass sie bis weit in die Mitte der Gesellschaft wirken. Das waren die sozialen Komponenten seiner Rede.



Gleichzeitig muss sehr vieles bewältigt werden, von dem wir alle beim Schreiben des Koalitionsvertrages noch keinen Schimmer hatten.

Wer hätte letztes Jahr mit einem Krieg in Europa und dem Zusammenbruch der Gaslieferungen aus Russland gerechnet? Oder damit, dass es Deutschland innerhalb weniger Monate gelingt, die Energieversorgung flexibel anderweitig zu organisieren

und innerhalb kürzester Zeit die ersten LNG-Terminals zu bauen und zum Laufen zu bringen? Wir dürfen ruhig auch mal ein bisschen stolz auf unseren Kanzler und unsere Regierung sein, dass sie uns in diesen schwierigen Zeiten besonnen durch dieses schwierige Fahrwasser bringt.



Aber wir wollen ja nicht nur auf Krisen reagieren, sondern die Zukunft aktiv gestalten. Saskia und Lars, später auch Kevin, erläuterten daher den Fahrplan der SPD für das nächste Jahr. Sie nennen es etwas sperrig „Transformation“.



Der Debattenkonvent war der Auftakt. Es wurden vier Missionen beschlossen, die uns

als Gesellschaft verändern und transformieren werden:

- Mission gerechte Klimaneutralität
- Mission demokratische Digitalisierung
- Mission demografischer Wandel und Fachkräftesicherung
- Mission Internationale Ordnung gestalten

Der Konvent wird jetzt in einer Klausur des Parteivorstands und einer Fraktionsklausur aufgearbeitet und dann geht es für die Parteispitze auf Dialog-Tour durchs Land. Der Dialog wird mit Parteigliederungen, Netzwerken und gesellschaftlichen Akteuren gesucht. Bis Ende Mai will man unterwegs sein und da werden auch wir gefragt sein.

Das Ganze mündet dann über Onlinekonferenzen mit den Mitgliedern in den Parteitag vom 8.-10. Dezember, wo unser Zukunftsprogramm beschlossen werden soll.



Der dritte Teil war zunächst dem Ziel „30.000 Neumitglieder“ gewidmet. Unter anderem soll es eine Challenge mit einem benachbarten Kreisverband (vermutlich Waldshut-Tiengen) geben, wer die meisten neuen Mitglieder gewinnt. Das wird für uns zwar eher schwierig, aber immerhin sind wir die einzige Partei, in der man für 6 Euro im Monat den Kanzler (und Bundespräsidenten) duzen darf. Also sollten wir uns vielleicht trauen, die Herausforderung anzunehmen.

Anschließend sprach Raphael Brinkert, der die SPD-Kampagne zur Bundestagswahl gestaltet hat, zum Thema Markenbildung und plädierte sehr stark dafür, Farbgebung, Claim und Logo „Soziale Politik für Dich“ zu verstetigen und zwar über alle Ebenen.

Wir finden's gut, denn bislang wird alle halbe Jahre was neues gebastelt, was für den Wiedererkennungswert null einzahlt.



Wir werden also in der nächsten Zeit gut zu tun haben, aber wir denken diese Konzepte

sind richtig und hilfreich. Und haben aus den fünf Stunden eine riesige Portion Motivation mitnehmen dürfen.

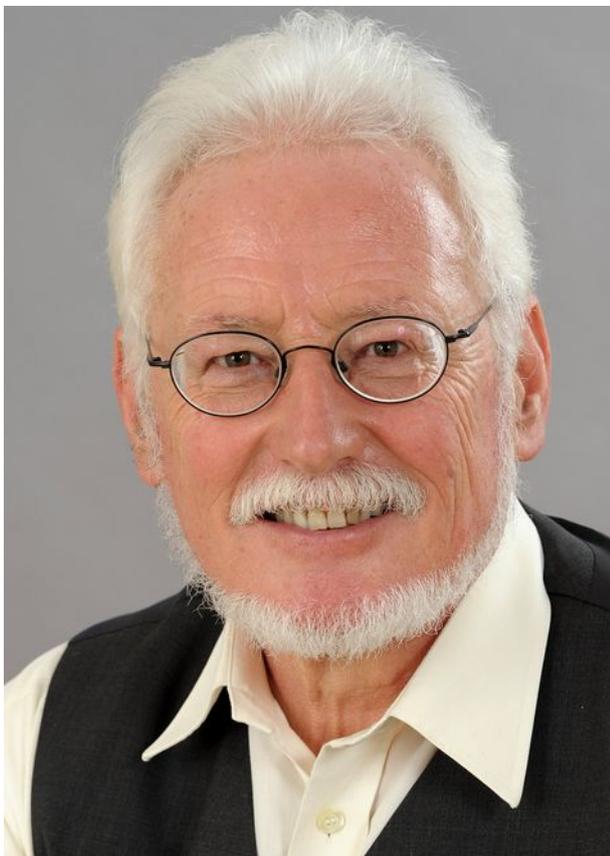
Birte Könnecke & Oswald Prucker

Agri-Photovoltaik: Chance für unsere Region

Die politische Vorgabe, 2% der Flächen in den nächsten Jahren zur Gewinnung regenerativer Energie zur Verfügung zu stellen, ist insbesondere planerisch eine Aufgabenstellung für den Regionalverband Südlicher Oberrhein (RVSO). In seiner Sitzung am 15.12.2022 hat sich der Planungsausschuss des RVSO daher intensiv mit den Möglichkeiten befasst, Nahrungs- und Futtermittelproduktion mit Photovoltaikanlagen zu kombinieren.

Im Rahmen der „**Modellregion Agri-Photovoltaik Baden-Württemberg**“ wird bereits an fünf Standorten in Baden-Württemberg die Doppelnutzung von landwirtschaftlichen Flächen zur Nahrungsmittelproduktion und zur Stromerzeugung untersucht. Oliver Hörnle vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) in Freiburg leitet das Forschungsprojekt. Er erläuterte den Regionalräten, wie die doppelten Landnutzung funktioniert. Der RVSO ist assoziierter Partner der Modellregion Agri-PV.

In der vorausgegangenen Sitzung am 30.11.2022 hatte der Regionalverband die Teilfortschreibung „Solarenergie“ eingeleitet, mit der erstmals Gebiete für Solaranlagen im Regionalplan festgelegt werden sollen. Die hier vorrangig adressierten Freiflächenanlagen nehmen in der Regel landwirtschaftlich genutzte Flächen in Anspruch. Die Landwirtschaftsflächen in der Region Südlicher Oberrhein zählen jedoch landes- und bundesweit zu den wertvollsten. Agri-Photovoltaik kann diese Flächenkonkurrenz auflösen.



Hinzu kommt ein weiteres gewichtiges Argument für Agri-Photovoltaik: Die auch in unserer Region abnehmenden Niederschlagsmengen und die zunehmenden Hitze- und Trockenphasen durch den

Klimawandel. Agri-PV-Anlagen können die Resilienz der Landwirtschaft gegen diese Klimaveränderungen stärken, indem sie neben der Stromerzeugung auch die Verdunstung mindern, Luft- und Bodentemperaturen senken sowie mit einem Regenwassermanagement kombiniert werden können.

Von besonderem Interesse in den Bereichen Kaiserstuhl, Tuniberg und Markgräflerland könnte dabei eine Sonderform der Agri-PV sein, die sogenannte Vito-PV; damit gemeint ist der Überbau von Rebgrundstücken mit Photovoltaikanlagen.

Agri-Photovoltaik ist nichts Neues: erste Konzepte für eine Agri-Photovoltaikanlage wurde 1981 von Prof. Dr. Adolf Goetzberger, dem Gründer des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) in Freiburg, und dem ebenfalls dort wirkenden Dr. Armin Zastrow vorgestellt. Seit den 2000er-Jahren wurden erste Agri-Photovoltaik-Pilotanlagen in Japan, Frankreich und Deutschland errichtet und erforscht. Ende 2021 wurden weltweit über 14 GW installierte Leistung von Agri-Photovoltaikanlagen registriert. Die insgesamt installierte Photovoltaikleistung betrug laut Internationaler Energie-Agentur im selben Jahr 942 GW.

Helmut Schöpflin
Regionalrat im RVSO



Nicht zufrieden mit der sozialpolitischen Richtung des Haushalts

Der Kreishaushalt wird im November von der Landrätin in den Kreistag eingebracht und dann in den Ausschüssen diskutiert und angepasst. In der Dezembersitzung wird der Haushalt dann von allen Fraktionen mit ihren Haushaltsreden bewertet und schließlich wird das Zahlenwerk verabschiedet. Die Haushaltsreden sind oft weitschweifige Erläuterungen zu allem und jeden. Unser Fraktionsvorsitzender hat sich ein Thema herausgegriffen, das aus sozialdemokratischer Sicht besonders schlecht und ungerecht gelöst wurde.

Hier die Rede in der Presseversion. Es gilt das gesprochene Wort.

„Wir haben uns vorgenommen, liebe Frau Landrätin, Sie in den letzten 14 Monate Ihrer Amtszeit nicht zu ärgern. Wir finden Sie gehen gut mit uns um. Deshalb haben Sie zum Ende hin etwas Ruhe verdient.

Ich sage das so ausdrücklich, weil wir in der Sache trotzdem hart sind. Das eine ist der Umgang miteinander, das andere ist die Sache.

Da sind wir nicht zufrieden mit der sozialpolitischen Richtung dieses Kreistags.

Da sind wir nicht zufrieden mit der sozialpolitischen Richtung dieses Haushalts 2023.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Vertreter der Presse, meine Damen und Herren, zum Zahlenwerk gibt es nichts mehr zu sagen. Das haben meine Kollegen schon wunderbar getan.

Wir haben zwei Themen in diesem Kreistag, die uns am meisten beschäftigen. Das ist in fast jedem Haushalt so. So ist es auch diesmal. Das sind Kreisumlage und ÖPNV.

Zur Kreisumlage haben wir einen Systemwechsel gemacht. Wir haben versucht, das Verhältnis Gemeinden zu Landkreis zu nivellieren. Das war wichtig und richtig. Dafür geht unser Dank an die Kolleginnen und Kollegen, die das mutig angesprochen und vorangetrieben haben. Allen voran die Kollegen Dr. Ante und Dr. Bröcker, Dafür sollten wir heute aber auch der Landkreisverwaltung danken, die sich darauf eingelassen hat.

Wie gut uns das gelungen ist? Das wissen wir erst wenn die Jahresrechnungen 2023

voliegen. Das sollten wir uns also am Jahresende 2024 auch genau anschauen.

Ich komme zum Thema ÖPNV. Das war der Aufreger des Jahres. Und uns regt vor allem auf was NICHT im Haushalt steht.

Noch mal zur Erinnerung: Seit über einem Jahr diskutieren wir über folgendes Problem. Wir haben bei der Beförderung von Grundschulern eine Mindestentfernung von drei Kilometer. Alle die 3 km oder weiter weg wohnen, bekommen das Ticket kostenlos. Grundschüler die weniger als 3 Km von der Schule entfernt wohnen müssen ein Busticket teuer kaufen oder laufen. Fahrradfahren geht nicht, weil 6 bis 10-Jährige noch nicht sicher Fahrrad fahren können.

Dabei ist ganz egal ob die Eltern Ihre Kinder mit dem SUV in die Schule fahren können, oder ob die Eltern so arm sind, dass Sie sich kein Busticket leisten können. Die Kosten für das Ticket sind nämlich so hoch, dass die Übernahme durch das Jobcenter nicht reicht.

Kein Grundschulkind mit Schulranzen kann 2 ½ Km laufen.

So eine blödsinnige Regelung, oder? Übrigens sind wir die Einzigen die so einen Blödsinn machen. Wir haben dazu verschiedene Vorschläge gemacht. Die Mindestentfernung reduzieren oder die Kosten für die ärmsten Grundschul Kinder übernehmen. Das hätte 40.000 EUR gekostet. Jedenfalls haben alle gespürt:

Okay, da stimmt was nicht. Was machen wir?

Wir machen das, was wir jetzt ständig machen: Wir gründen eine Arbeitsgruppe.

Arbeitsgruppen sind jetzt schwer modern geworden bei uns. Das ist so, weil wir jetzt öffentliche Ausschusssitzungen machen. Wir beraten alle heiklen Themen in nicht-öffentlichen Arbeitsgruppen vor. Dann beraten wir öffentlich im Ausschuss, dann im öffentlichen Kreistag. Mal ehrlich: Da können wir gleich wieder nicht öffentlich in die Ausschüsse. Das spart Zeit und Sitzungsgeld.



Jedenfalls in diesem Arbeitskreis – nichtöffentlich – lief denkwürdiges ab. Im Prinzip haben alle erkannt, dass unsere aktuelle Regelung zur Beförderung der Grundschüler Blödsinn ist. So kamen wir auf die beste Lösung! Wir machen das so wie in Freiburg und Emmendingen!

Die Mindestentfernung wird abgeschafft. Alle Grundschul Kinder Zahlen 15 € für das Monatsticket. Das ist gerade mal die Hälfte des Landesjugendtickets. Die ärmsten Kinder kommen in die Übernahme – 15 EUR sind übernahmefähig.

Das ist die geniale Lösung. Hat drei große Vorteile.

1. Die aufwändige Prüfung der Mindestentfernung entfällt, also total unbürokratisch.
2. Die Lösung ist kostenneutral, oder sogar leicht entlastend für den Haushalt.
3. Das soziale Problem mit den ärmsten der Grundschul Kinder ist gelöst.

Nur Vorteile!

Jetzt kommt der denkwürdige Teil in dieser Arbeitsgruppe. Ich kann mich noch genau an den Moment erinnern. Plötzlich rattert es bei der CDU und auch bei den Freien Wählern. Sie merken: Hoppla! Da müssen ja Eltern (die genug Geld haben) künftig 15 EUR zahlen.

Womöglich sogar wir selber!

Da wachen sofort alle auf. Die Freien Wähler und die CDU stehen zusammen. Sie verhindern mit Ihrer Mehrheit genau diese beste Lösung. Bei der CDU gab es einen einzigen Vernünftigen. Einen!

Warum?

Wir geben Millionen aus für den ÖPNV – ohne mit der Wimper zu zucken:

- Landesjugendticket, Deutschlandticket,
- 180.000 EUR für das Jobticket für die Mitarbeiter im Landkreis
- 5 Mio für den Nahverkehrsplan.

Bitte nicht falsch verstehen: Alles richtig. Wir sind da überall dafür! Aber warum wird

den ärmsten Grundschulkindern nicht mal das Schwarze unterm Fingernagel gegönnt? Nicht mal das Schwarze. Das sind richtig arme Kinder. Kinder deren Eltern vom Bürgergeld leben müssen.

Ist das - und das frage ich als Christ – ist das Euer Verständnis von christlicher Nächstenliebe? Immer wenn es um die Ärmsten im Landkreis geht, ist hier fertig.

Ich kenne keinen Landkreis, der so wenig für die Armen tut.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Frau Landrätin, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung. Wir wünschen Ihnen gesegnete Weihnachten.

Martin Löffler

KREISTAGSFRAKTION



Die Fraktion wünscht allen ein frohes Fest und einen guten Rutsch ins neue Jahr: Hans-Dieter Paul, Rolf Seifert (Linke Liste), Bruno Zimmermann, Birte Könnecke, Oswald Prucker, Martin Löffler, Norbert Brugger, Jennifer Sühr, Rüdiger Ahlers und Helmut Schöpflin (v.l.n.r.).

Ein Jahr Ampel. Was ist dein Highlight?

Die Ampelkoalition hatte gerade ihren ersten Geburtstag und wir haben gefragt: Ein Jahr Ampel. Was ist dein Highlight? Gleich neun Möglichkeiten haben wir angeboten, nur eine davon durfte gewählt werden und scheinbar fiel vielen die Antwort schwer. Jedenfalls haben nur 44 Genossinnen und Genossen teilgenommen. Ein sehr niedrige Zahl – verglichen mit den bisherigen Umfragen.

12 Euro Mindestlohn



Volle Gasspeicher trotz Russlandboykott



Bürgergeld statt Hartz 4



Chancen-Aufenthaltsrecht statt Kettenduldungen



Abschaffung §219a



Deutschland-Ticket



Mehr Wohngeld für viel mehr Menschen



Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt



Umfassende Entlastungen der Bürger:innen



Elf von ihnen – das sind immerhin ein Viertel – haben sich für den Mindestlohn von 12 Euro entschieden. Ähnlich viele, nämlich neun, finden das Bürgergeld am

wichtigsten und sieben freuen sich über volle Gasspeicher trotz des fehlenden Gases aus Russland.

Jeweils fünf finden den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien bzw. die umfassenden Entlastungen der Bürger:innen und Bürger am wichtigsten. Mit vier Stimmen geht das Chancen-Aufenthaltsrecht aus dem Rennen, zweimal wurde die Abschaffung des Paragraphen 219a genannt und das Deutschlandticket fiel durch und hat keine Stimme bekommen.



Natürlich ist das weit weg von einem repräsentativen Ergebnis, aber vielleicht doch ein kleines Stimmungsbild.

In jedem Fall zeigt es aber, wie viel doch trotz Dauerkrisen von einer fortschrittlichen Regierung umgesetzt werden kann und das, obwohl die drei Partner sich in vielen Grundsätzen doch stark unterscheiden.

Oswald Prucker



Gedanken zur Reichsbürgerver-schwörung

Es ist mir natürlich nicht möglich, den Großeinsatz der Behörden gegen diese Reichbürgergruppe mit dem sonderbaren Prinzen vorne dran abschließend zu bewerten. Das wird die Zeit zeigen. Aber ein paar Punkte sind mir aufgefallen und die möchte ich hier festhalten.

- Der Rädelsführer Heinrich XIII. Prinz Reuß mag so verschroben sein, wie er will. In seiner Truppe gab es laut Spiegel aber einen Gourmetkoch, einen Dachdeckermeister, einen Piloten, einen Rechtsanwalt, eine Ärztin, aktive und ehemalige Soldaten und Polizisten. Es ist also eine Verschwörung aus der Mitte der Gesellschaft, was ich für sehr bedenklich halte.
- Wenn man die oben genannten Berufsgruppen so durchgeht, ist das durchaus eine Verschwörung mit reichlich Geld und Kenntnissen bei der Beschaffung und dem Umgang mit Waffen. Eine gefährliche Mischung, die ein frühzeitiges Handeln der Verfassungsorgane sehr sinnvoll macht.
- Baden-Württemberg ist natürlich auch wieder prominent vertreten und genauso prominent vertreten ist deshalb wieder die esoterische Ecke. Kein Wunder, dass in den Telegramm-Schwurbelkanälen aus unserer Gegend

(„FreiseinFreiburg“ und „Bürgerdialog Müllheim“) jede Menge kruses und verharmlosendes Geschwurbel zum Einsatz steht und so mancher Verhafteter wird schon mal zum Märtyrer aufgebaut.

- Die ebenfalls verhaftete ehemalige blaubraune Abgeordnete zählt offenbar zum gemäßigten Flügel dieser Partei. Das lasse ich hier einfach mal so stehen.

Ich finde es deshalb außerordentlich beruhigend, dass wir auch mal 3.000 Beamtinnen und Beamte in Bewegung setzen können, um unsere Demokratie zu schützen. So etwas will ermittelt, koordiniert und organisiert sein und das stelle ich mir gar nicht einfach vor. Chapeau.

Demokratie ist kein Selbstläufer. Sie braucht unser aller Einsatz und auch den ihrer Verfassungsorgane.

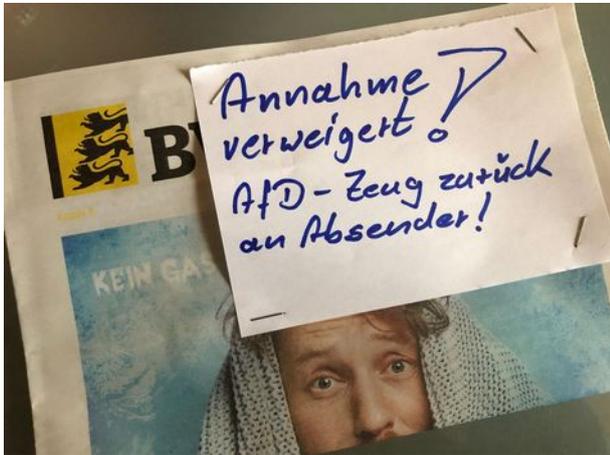
Oswald Prucker

Schund im Advent

Pünktlich zur Adventszeit war dieser Tage das gar nicht so besinnliche Schmierblatt der Blaubraunen in unseren Briefkästen. Da begrüßt uns dann auch gleich ein Fraktionsvorsitzender, der das bald gar nicht mehr ist, weil er mit der Justiz zu tun hat und womöglich bald vorbestraft ist. Ärger mit der Justiz hat in diesem Laden ja schon Tradition! Sind wir da nicht alle froh, dass die Kriminalitätsrate in unserem Land nicht

annähernd so hoch ist, wie bei dieser Pseudoalternative? Ich bin das.

Dieses Pamphlet habe ich natürlich nicht von vorne bis hinten durchgelesen. Aber an zwei Punkten möchte ich doch einhaken.



So dekoriert in den nächsten Briefkasten. Die Post hat's gebracht - die Post soll's wieder zurückbringen.

Im Artikel zur Energiewende wird wieder das hohe Lied auf die Kernenergie gesungen. Beinahe zeitgleich faselt die Vertreterin dieser Partei im Regionalverband mal wieder von drohenden Blackouts. Diese Fantasieerzählung wird auch durch vielfache Wiederholung nicht wahrer. Am meisten gefährdet ist man da in Frankreich und zwar WEIL man auf Kernenergie setzt. Oh die Ironie. Aber auch das stimmt nicht wirklich. Was möglich ist, sind geplante und zeitlich begrenzte Abschaltungen. Das wird in den Medien gerne mal reißerisch „geplante Blackouts“ genannt, weil sich Panikmache nun mal besser verkauft. Es ist gerade das Wesen eines Blackouts, dass er völlig unkontrolliert und sehr großflächig stattfindet und das ist

so ziemlich das genaue Gegenteil einer geplanten Abschaltung, bei der man dann vielleicht mal ein paar Stunden ohne Strom ist. Tja, Panikmache kann scheinbar nicht nur die AfD.

Zweiter Punkt: Der Fachkräftemangel. Den bringt man laut Blaubraun am besten weg, wenn man den Leuten wieder die Ausbildung statt eines Studiums schmackhaft macht und natürlich mit „Maßnahmen, die es jungen, gesunden Menschen erschweren, sich in der sozialen Hängematte auszu-ruhen.“

Haben die eigentlich schon mal irgendwo gelesen, dass bis 2036 rund 30% der derzeit arbeitenden Bevölkerung in Rente gehen und sehr geburtenschwache Jahrgänge nachkommen? Scheint mir ziemlich egal, was diese Jahrgänge an Ausbildung so machen, es wird nirgendwo reichen um die Boomer, die geburtenstarken Jahrgänge, zu ersetzen.

Außerdem, die Arbeitslosenquote liegt in Baden-Württemberg nur knapp über 3%. Mit anderen Worten: So viele Hängematten brauchen wir gar nicht, in denen sich da irgendwelche Leute scheinbar ausruhen.

Tja, wenn Ideologie verblendet, dann kommt so ein Müll dabei raus. Den will man dann den Menschen scheinbar auch noch unterjubeln. Der eigentliche Absender wird geradezu verschleiert, denn die gelb-schwarze Aufmachung wirkt, als wäre das eine amtliche Veröffentlichung des Landes. Selbst im Layout wird also getäuscht und

verschleiert. Nur ganz hinten und ziemlich klein im Impressum ist das Logo zu finden.

Oswald Prucker

Medien-Ecke

WhatsApp News

Es gibt ein paar Neuerungen bei WhatsApp, die durchaus praktisch sein können.

Umfragen

Wenn ihr im Chatfenster auf das Symbol für „Anhang“ klickt (PLUS oder Büroklammer), dann könnt ihr jetzt nicht nur Fotos und Videos usw. zum Versenden anhängen, sondern habt auch die Möglichkeit, eine Umfrage zu starten. Das kann besonders für Abstimmungen in Gruppen sehr praktisch sein. Die Handhabe ist sehr einfach. „Umfrage“ auswählen, Frage stellen (z.B. Wann wollen wir uns treffen?) und Antwort-Optionen vorgeben (19 Uhr / 20.22 Uhr / ich kann leider nicht / mir egal, Hauptsache Kuchen ...). Ihr könnt bis zu 12 Optionen vorgeben. Später könnt ihr unter „Stimmen ansehen“ schauen, wie von wem abgestimmt wurde. Eine feine und einfache Spielerei, um ewig lange Chatverläufe bei Abstimmungen vermeiden zu können.

Community

Man kann jetzt Communitys erstellen, die in etwa mit Gruppen vergleichbar sind. Vorteil hier ist, dass man ganze Gruppen den Communitys hinzufügen kann, aber auch nach wie vor einzelne Personen. So

könntet ihr z.B. eine Community „Big SPD“ erstellen und ihr all eure SPD-Chat-Gruppen, in denen ihr so seid, hinzufügen, um dann allen gleichzeitig eine bestimmte Information oder Ankündigung mitzuteilen. Das kann hier und da ganz hilfreich sein, um mit seiner Information sehr schnell möglichst viele zu erreichen, ohne jeden einzeln einer neuen Gruppe vorher hinzufügen zu müssen.

Mich hat Communitys ehrlich gesagt noch nicht so recht überzeugt, da ich meine Informationen gerne gezielter und/oder differenzierter verteile. Auch möchte ich als WhatsApp-Nutzerin nicht ohne Weiteres jeder Gruppe oder Community hinzugefügt werden.

Aber warten wir mal ab, wie sich das noch entwickelt – vielleicht werde ich hier ja doch noch ein Fan von.

Ein Account auf zwei Smartphones

Wie praktisch es sein kann, WhatsApp auch auf seinem Rechner oder Tablett zu nutzen, wissen viele von euch inzwischen. Jetzt geht es einen Schritt weiter und man kann den Messenger auch mit zwei verschiedenen Accounts nutzen.

Der Companion-Modus ist freigeschaltet. Seit dem 13.12.2022 können einige Nutzer den Messenger auf zwei Handys mit nur einer Nummer nutzen – im Moment allerdings nur in der Beta-Version.

Wer zwei Handys besitzt, lädt sich die App WhatsApp herunter und gibt bei der

Einrichtung NICHT die Nummer ein. Stattdessen könnt ihr unter Einstellungen eine Verbindung mit eurem anderen Handy einrichten, auf dem ihr WhatsApp bereits zu laufen habt. Auf dem anderen Handy muss die Verbindung dann freigeschaltet werden und dann werden die Chats auf beiden Geräten synchronisiert und angezeigt.

Im Moment haben noch nicht alle Nutzer*innen Zugriff auf die Funktion, da sie noch in der Entwicklung steckt. Das wird sich aber sicher bald ändern.



Einmal-Medien und Screenshot-Sperre

Ihr könnt Bilder usw. versenden, die vom Empfänger nur einmal angesehen werden können. Hierfür müsst ihr lediglich rechts unten in der Bildbeschreibung die im Kreis abgebildete kleine „1“ antippen. Hiermit soll auch eine Screenshot-Sperre ausgelöst werden. Öffnet der Empfänger den Chat, schaut sich das Bild/Video an und schließt

den Chat dann wieder, verschwindet das Bild/Video und ist kein zweites Mal vom Empfänger aufzurufen und anzuschauen. Viele von euch kennen diese Funktion bereits von der Foto-Messenger-App SnapChat.

Neu hinzu kommt (auch hier vorerst nur in der Beta-Version) in Kürze ein Hinweis an den Absender. In einer Pop-Up, dass bei Abschicken der Nachricht erscheint, wird man nochmals darauf hingewiesen, dass der Empfänger keinen Screenshot der Nachricht erstellen kann. Aber Obacht! Natürlich kann man nicht verhindern, dass jemand mit einem zweiten Handy den Bildschirm abfotografiert.

Es gibt Hinweise darauf, dass es diese Einmal-Ansicht-Funktion bald auch für Textnachrichten geben soll. Man darf also weiter auf die Neuerungen bei WhatsApp gespannt sein.

Nach all den netten WhatsApp-Neuerungen geht es leider nicht auch ohne eine Warnung.

WhatsApp-Betrug mit „neue Smileys“-Masche

Aktuell kursiert eine Nachricht bei WhatsApp, in der neue animierte Smileys angeboten werden. Wer die haben möchte, muss zum einen die Nachricht an 10 Leute weitersenden und zum anderen einen Link anklicken.

1. Es gibt keine neuen Smileys und wenn es mal wieder neue geben sollte, kommen die

automatisch mit der aktuellen WhatsApp-Version.

2. 10x weiter verteilen? Kettenbrief zur Erzeugung von Reichweite.

3. Hinter dem Link verbirgt sich entweder eine Abo-Falle oder sogar Schadsoftware.

Also gilt – Link nicht anklicken – nicht weiterleiten – Nachricht gleich löschen.

Das war es dann auch schon wieder in diesem Jahr mit unserer Medien-Ecke. Ich hoffe, hier war immer mal der eine oder andere brauchbare Beitrag für euch dabei.



Wie immer dürft ihr euch gerne bei mir melden, wenn ihr Rückfragen habt. Und auch sonst könnt ihr auch im nächsten Jahr mit euren Anliegen, Anfragen, Wunschthemen usw. gerne auf mich zukommen.

Euch allen wünsche ich ein wunderschönes Weihnachtsfest und für 2023, dass ihr alle auch immer schön virenfrei seid und bleibt – in jedem Sinne :-)

Tanja Kühnel

Termine, Termine

Regio-Stammtisch Hochschwarzwald

Der nächste Regio-Stammtisch im Hochschwarzwald ist am 28. Dezember 2022 ab 19:30 Uhr im Jägerhaus Titisee-Neustadt.



Jeden 4. Mittwoch im Monat treffen wir uns zum offenen Stammtisch. Wir reden über dies und das und manchmal auch über jenes. Natürlich musst du kein SPD-Mitglied sein. Bei uns ist jeder und jede willkommen. Komm doch einfach mal vorbei - und wenn du magst, bring jemanden mit. Wir freuen uns auf dich.

Regio-Stammtisch Breisgau

Die SPD Breisgau lädt zum Stammtisch am Dienstag 17. Januar 2023 ab 20Uhr im Bolando, Leimbachweg 1, in Bollschweil ein.



Digitaler Kreisstammtisch

Wir laden euch ein zu unseren Online-Kreisstammtischen! Das sind die nächsten Termine: Dienstag, **10. Januar** und Montag, **13. Februar**.

Wir beginnen immer um **19:00 Uhr**. Link: <https://us02web.zoom.us/j/88362045387>
Falls nötig: Die Meeting-ID ist die 883 6204 5387.

Weihnachtliches Kaffeetrinken

Niemand sollte Weihnachten alleine feiern müssen. Daher bieten wir auch dieses Jahr an Heiligabend von **15 bis 16 Uhr** ein gemeinsames Kaffeetrinken an. Einfach ein Stündchen online Zeit miteinander verbringen und miteinander klönen/schnacken/schwätzen. Wer Lust

hat, kann sich ganz unkompliziert über folgenden Link einwählen, eine Anmeldung ist nicht nötig. Tanja und Artur freuen sich auf Euch.

<https://us02web.zoom.us/j/85112105129?pwd=azBTcHNnRUphNHh2MGJ4YXR5RUdTZz09> | Meeting-ID: 851 1210 5129 |
Kenncode: 191116

IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. sind die Kreisvorsitzenden der SPD Breisgau-Hochschwarzwald: Dr. Birte Könnecke & Dr. Oswald Prucker, SPD Regionalzentrum Merzhauser Str. 4, 79100 Freiburg.

Redaktion: Oswald Prucker, Tanja Kühnel und Birte Könnecke

